

Coronavirus Eine weitere Infektion gemeldet

VADUZ Innerhalb eines Tages wurde eine weitere Person, die in Liechtenstein wohnt, positiv auf das Coronavirus getestet. Das teilte die Regierung am Freitag mit. Die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie beläuft sich mittlerweile auf 3032 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 2957 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 59 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 16 Personen, davon befanden sich Stand Donnerstagabend drei Personen im Spital. Drei Personen befanden sich in Quarantäne, weil sie im Kontakt zu einem Infizierten gestanden sind. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 0,9 neue Infektionen pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 21 Infektionen. Das heisst, in den letzten 14 Tagen haben sich 21 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner mit dem Coronavirus infiziert. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 15 Infektionen. (red/ikr)

Aus der Region I

Arlbergtunnel im Sommer 2022 und 2023 nicht befahrbar

ST. JAKOB AM ARLBERG Der für viele Reisende wichtige Arlbergtunnel in Österreich wird im Sommer 2022 und 2023 für sechs beziehungsweise fünf Monate für den Verkehr gesperrt. Grund dafür sei eine nach fast 45 Jahren nicht mehr aufzuschiebende Erneuerung der gesamten Fahrbahn im Tunnel, teilte der Autobahnbetreiber Asfinag am Freitag mit. Der Verkehr werde über den Arlbergpass oder grossräumig über andere Strecken umgeleitet. Ab Mai, dem Beginn der Sperre im Jahr 2022, könne es deswegen an den Wochenenden auf der Passstrecke zu Verzögerungen kommen. An den Wochenenden soll ein zusätzliches Fahrverbot für Autos mit schweren Anhängern von über 750 Kilogramm bestehen, damit der Verkehr ohne grosse Probleme über den Pass geführt werden könne, hiess es. St. Jakob am Arlberg. 2022 wird der Tunnel vom 2. Mai bis zum 4. November gesperrt sein. Im Jahr darauf dann vom 26. April bis zum 10. Oktober. Die Asfinag investiert laut eigenen Angaben 63 Millionen Euro in die Erneuerung der Fahrbahn, der Tunnelbeschichtung sowie der gesamten Entwässerung im längsten Strassentunnel Österreichs. (dpa)

Aus der Region II

Spendenbetrüger in Buchs verhaftet

BUCHS Die St. Galler Kantonspolizei hat in Buchs einen 21-jährigen Mann festgenommen, der vor Einkaufsgeschäften mit einem gefälschten Formular Spenden erschleichen wollte. Der junge Rumäne wurde bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und in Ausschaffungshaft gesetzt. Die Polizei wurde am Donnerstagmittag auf den Mann aufmerksam, als Beamtinnen und Beamten an der Churerstrasse eine Kontrolle gegen Laden- und Trickdiebe durchführten. Der Mann wurde in flagranti erwischt, als er mit einem Klemmbrett und gefälschtem Formular auf Spendenfang war, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Ihm werden versuchter Betrug und Verstösse gegen das Markenschutzrecht vorgeworfen. Das Migrationsamt des Kantons St. Gallen verfügte gegen den Rumänen Ausschaffungshaft. Der 21-jährige Mann soll in den nächsten Tagen in sein Heimatland ausgeschafft werden. (sda)

Moritz Rheinberger ist raus: «Ich bin fertig mit dieser Partei»

Konflikt Die Zustände in der Freien Liste seien für ihn «untragbar», sagt Moritz Rheinberger und erklärt seinen Austritt aus der Partei. Die politische Zukunft des Landtagskandidaten 2021 ist ungewiss.

VON DAVID SELE

Dass der Austritt des Freie-Liste-Gemeinderates Stephan Gstöhl nicht der letzte sein wird, hatte sich abgezeichnet. Selbst Co-Präsidentin Helen Marxer sagte jüngst gegenüber Radio L, dass es wohl noch mehr Parteiaustritte bei den «Weissen» geben wird. Am Donnerstag hat nun Moritz Rheinberger seinen Austritt erklärt, wie er am Freitag gegenüber dem «Volksblatt» bestätigte. «Ich habe dem Präsidium mitgeteilt, dass die Zustände für mich untragbar sind», so der ehemalige Landtagskandidat. Rheinbergers Kritik gilt explizit der Parteiführung: «Es ist extrem selbstgerecht, was gerade abläuft. Wie kann man sich hinstellen und sagen, die böse Presse sei an allem Schuld, während man selbst jedes Fettnäpfchen mitnimmt, das man finden kann?»

Lust zum Diskutieren verloren

Die Ereignisse rund um den Rückzug der Jungen Liste aus dem Parteivorstand sind Rheinberger besonders sauer aufgestossen. «Zuerst stellt man sich hin und lobt die Jungen für ihre Petition zum Wahlalter 16 in den Himmel und eine Woche später werden sie per Newsletter abgeschossen.» In dem Schreiben an alle Parteimitglieder hatte der Interimsvorstand die beiden Mitglieder der Jungen Liste kritisiert und unter anderem deren Gründe für die Demission in Abrede gestellt. Besonders wütend macht Rheinberger die Behauptung, wonach die Jungen wohl nicht verstanden hätten, worum es bei der Vorstandsarbeit geht. «Das ist Wasser auf die Mühlen der Gegner der Petition Wahlalter 16, die der Ansicht sind, dass junge Menschen ohnehin nichts auf die Reihe bekommen und deshalb auch nicht wählen sollten», so Rheinberger.



Bei den Wahlen im Februar 2021 kandidierte er für den Landtag, jetzt ist Moritz Rheinberger aus der Freien Liste ausgetreten. (Archivfoto: Paul Trummer)

Welches Ziel die aktuelle Parteiführung vor Augen habe, erschliesse sich ihm nicht. Doch er habe die Lust verloren, überhaupt darüber zu diskutieren. Auch die auf den 8. Juli angesetzte Generalversammlung, an der die Aufarbeitung des Parteikonflikts stattfinden soll, will er sich folglich nicht mehr zu Gemüte führen. «Seit ich volljährig bin, habe ich meine volle Stimmkraft der Freien Liste zukommen lassen. Aber das wird nicht nochmals passieren. Ich bin fertig mit dieser Partei», so Moritz Rheinberger.

«Sie hätten sich gewünscht, dass wir nicht kandidieren»

Rheinberger war bei den Landtagswahlen 2021 für die Freie Liste angetreten. Er gehörte zu jenen Kandidaten, die ihre Kandidatur zwischenzeitlich zurückgezogen hatten, als der Konflikt zwischen dem damali-

gen Parteipräsidium und der Geschäftsstelle eskalierte. Erst im Rahmen einer Stillhaltevereinbarung revidierten sie ihren Entscheid. Heute ist sich Rheinberger sicher: «Sie hätten sich gewünscht, dass wir nicht kandidieren.» Er glaubt, manche hätten sich selbst bessere Chancen ausgerechnet, wenn weniger Kandidaten antraten. «Kompletter Realitätsverlust. Am Ende haben wir ja gesehen, wer neben Georg Kaufmann Stimmen holte und wer nicht», so Rheinberger.

Auch jetzt geht er davon aus, dass der Parteileitung sein Austritt gelegen kommt. «Sie werden froh sein, dass sie mich endlich los sind», sagt Rheinberger, der durchaus für seine konfrontative Art bekannt ist. Genau diese Haltung gegenüber kritischen Köpfen führe jedoch ins Verderben, findet er: «Am Schluss wird eine Alt-Männer- und Alt-Frauen-Partei übrig

bleiben, wenn man so ans Werk geht.»

«Never say never»

Mit seiner Abkehr von der Freien Liste verliert der 39-Jährige seine politische Heimat. Mit allen anderen Parteien kann er sich nicht anfreunden. Sollte eine neue Partei gegründet werden, werde er sich diese sicher genauer anschauen. «Wenn es für mich passt, kann es schon sein, dass ich mitmache.» Auf die Frage, ob er selbst eine Partei gründen will, meint Rheinberger: «Für mich war klar, dass ich nicht etwas Neues aufbaue, während ich bei der Freien Liste bin. Zuerst müsste es einen klaren Schnitt geben. Diesen habe ich am Donnerstag nun gesetzt. Trotzdem ist im Moment nichts in der Pipeline, wobei ich es mit James Bond halte: Never say never.»

568 Unterschriften für Referendum gegen «Sonnenplatz»

Stimme Nach Tempo 30 in Schaan und dem Rheindamm in Vaduz, ist nun mit dem Projekt Sonnenplatz in Triesen in kurzer Abfolge bereits das dritte Gemeindefeferenzreferendum zustande gekommen. Die DpL-Ortsgruppe hat am Freitag die notwendigen Unterschriften übergeben.

VON SEBASTIAN ALBRICH

470 Unterschriften mussten die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) mindestens sammeln, damit das Referendum zustande kommt. Zwischenzeitlich zweifelten sie am Zustandekommen, doch nun konnten am Freitag beachtliche 568 gültige Unterschriften übergeben werden. Trotz des schlussendlichen Überschusses, war es bis vor Kurzem noch knapp. Alleine in den vergangenen drei Tagen seien fast 250 Unterschriften hinzugekommen, erklärt DpL-Präsident Thomas Rehak und bedankte sich bei allen Unterstützern. Da die Unterschriften von der Gemeindeverwaltung bereits gezählt wurden, dürfte einem Termin für das Referendum gegen das vom Gemeinderat beschlossene Projekt «Bushaltestelle und Gestaltung Sonnenplatz» nichts mehr im Weg stehen. Für die DpL ist der vor-

gesehene Platz am Sonnenkreisel nicht geeignet, um dort einen Ort zum Verweilen entstehen zu lassen. Die DpL stösst sich dabei speziell an der geplanten zusätzlichen öffentlichen WC-Anlage, von denen im näheren Umkreis bereits fünf bestehen würden. Aber auch mit den «Betonpilzen» mit Sitzgelegenheiten, die dem Unterstand dienen sollen, kann sich die Ortsgruppe nicht anfreunden. Der Rohstoff Beton sei weder nachhaltig noch zeitgemäss und die gewählte Form würde nicht effektiv vor Schlechtwetter schützen, so die Argumentation. Nun wird es also an den Triesener Bürgern sein, zu entscheiden, ob sie die Ansichten der DpL teilen. Bis dahin liegt das Gestaltungsprojekt erst einmal auf Eis, erklärt Peter Kindle, Leiter Kommunikation der Gemeinde. Falls die Bürger das beschlossene Projekt ablehnen, müsste die Gestaltung des Sonnenplatzes nochmals überdacht werden. Für diesen Fall habe man auch konkrete Vorschläge, die man mit der Gemeindeverwaltung in der kommenden Woche besprechen wolle, versichert Rehak. Was genau das sein wird, kann er jedoch noch nichts sagen. «Identitätsstiftend» solle es jedoch sein.

Drei Referenden in kurzer Folge

Das Referendum zum Sonnenplatz ist damit in kurzer Abfolge bereits der dritte Gemeinderatsbeschluss,



Von links: Markus Sprenger und Thomas Rehak von der DpL, Peter Kindle (Leiter Kommunikation Triesen), Vorsteherin Daniela Wellenzohn-Erne und Manuel Schöb (Leiter Bauverwaltung). (Foto: Michael Zanghellini)

der sich in einer Oberländer Gemeinde dem direktdemokratischen Entscheid der Bürger stellen muss. Denn bereits am 4. Juli werden die Schaaner über ein flächendeckendes Tempo 30 auf den Gemeindestrassen entscheiden. Gegen den knappen Beschluss des Gemeinderats für eine solche Beschränkung, hatte sich das «Komitee gegen unnötige Bevormundung» mit der ehemaligen DpL-Landtagskandidatin Herta Kaufmann an der Spitze formiert. Die diesbezügliche Unterschriftensammlung erfuhr regen Zulauf und konnte mit 1027 gültigen Unterschriften fast das Doppelte der nötigen 520 erreichen. Etwas länger müssen die Einwohner von Vaduz warten, bis sie am 3. Oktober über das Schicksal des Rheindamms entscheiden dürfen. Damit soll endgültig geklärt werden, ob der Rheindamm nun wie geplant zwischen Lochgass und Lettstrasse für den Autoverkehr ge-

sperrt oder nun doch aufgeweitet wird. Dafür hatte die FBP-Ortsgruppe extra einen Antrag gestellt, den Rheindamm für 2,9 Millionen Franken auszubauen, wodurch die Angelegenheit referendumsfähig wurde. Das Referendum hat die Ortsgruppe auch gleich selbst ergriffen. Am 12. Juni hatte der FBP-Gemeinderat Philip Thöny schliesslich knapp 600 Unterschriften übergeben können - 461 wären nötig gewesen.

Termin nach den Sommerferien

Wann schlussendlich die Triesner abstimmen können, ist aber noch offen. Wie Peter Kindle mitteilt, wird es auf einen Termin nach den Sommerferien hinauslaufen. «Wir wollen nichts übers Knie brechen und auch die Pläne all jener respektieren, die dieses Jahr erstmals wieder Ferien machen», so Kindle. Über den Termin werde man jedoch zeitnah - voraussichtlich nächste Woche - informieren.